Morgen-Ausgabe. Nr. 439 Mittwoch, 18. September 1935

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschließlich 51 Rpf. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Sachsens 15 Rpf.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 4: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Off.-Gebühr 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Einzige Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe

# Holland trifft Verteidigungsmaßnahmen

## Thronrede der Königin der Niederlande

Haag, 17. September.

In der traditionellen, feierlichen Weise wurde Dienstag mittag die neue Sitzungsperiode des Parlaments eröffnet. Königin Wilhelmina begab sich hierzu in Begleitung der Thronfolgerin in der vergoldeten Staatskarosse in einem festlichen, von Kavallerie-Abteilungen begleiteten Zug vom Schloß zum Rittersaal. Alle von dem Zug berührten Straßen, in denen die Truppen der Haager Garnison Spalier bildeten, wurden von einer großen Menschenmenge umsäumt, die trotz des regnerischen Herbstwetters bereits Stunden vorher dort Aufstellung genommen hatte und der Königin und der Thronfolgerin bei ihrem Erscheinen eine herzliche Huldigung darbrachte. Im Rittersaal hatten sich inzwischen sämtliche Minister sowie alle Mitglieder der Ersten und der Zweiten Kammer zu einer gemeinsamen Sitzung vereinigt.

Nach Eröffnung der Sitzung verlas die Königin

**die Thronrede**

deren Inhalt diesmal mit besonders großer Spannung zur Kenntnis genommen wurde. Hinsichtlich der Außenpolitik wird betont, daß zwar der freundschaftliche Charakter der niederländischen Beziehungen zu den anderen Mächten unbeeinträchtigt geblieben sei, daß die Regierung jedoch trotzdem die Entwicklung der internationalen Lage mit größter Aufmerksamkeit verfolge. Die niederländische Regierung hoffe, daß es dem Völkerbund gelingen werde, die zwischen mehreren Staaten entstandenen Gegensätze zu überbrücken, wobei sie dem Völkerbund nach Möglichkeit ihre Mitwirkung gewähren wolle.

**Im Hinblick auf die in der internationalen Lage eingetretenen Aenderungen sehe sich Holland allerdings genötigt, besondere Vorkehrungen in bezug auf seine Landesverteidigung zu treffen. Entsprechende Vorlagen würden dem Parlament zugehen.**

Auf innerpolitischem Gebiet werden die Aenderung mehrerer Bestimmungen der Verfassung und ein Gesetzentwurf zur Verhinderung der Betätigung politischer Gruppen auf Gebieten, die dem Staat vorbehalten seien, angekündigt. Ferner wird eine Revision der Ausländergesetzgebung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Problem der politischen Flüchtlinge, in Aussicht gestellt.

Mit Bezug auf die zukünftige Finanz- und Wirtschaftspolitik wird die Erklärung abgegeben, daß eine

**Abwertung oder eine Preisgabe des Goldstandards nicht als Mittel betrachtet würden, die der Volksgemeinschaft in ihrer Gesamtheit Nutzen bringen**

könnten. Zur Behebung der Arbeitslosigkeit will die Regierung große öffentliche Arbeiten durchführen und namentlich die Trockenlegung des Yselmeeres fortsetzen.

Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Kolonien wird als sorgenvoll bezeichnet.

## Der Agent der Weltrevolution

Während sich die Genfer Großmächte bemühen, ihre Entscheidungen im italienisch-abessinischen Konflikt in vorsichtige diplomatische Reden einzukleiden, hat der sowjetrussische Außenkommissar Litwinow-Wallach ohne jede Hemmung versucht, den Völkerbund als Plattform für eine deutschfeindliche Hetze zu benützen. Nachdem er in sehr allgemeinen Phrasen das übliche Bekenntnis zum Völkerbundspakt abgelegt hatte und dabei zum Abessinienkonflikt sich auf allgemeine Worte gegen das imperialistische System der Kolonien und Mandate beschränkte, die angesichts der Wühltätigkeit Moskaus unter den farbigen Völkern an den Wolf im Schafspelz erinnerten, unternahm er einen um so heftigeren Angriff gegen diejenigen Staaten, die, wie Deutschland und Polen, auf dem Standpunkt stehen, daß dem Frieden Europas durch zweiseitige Nichtangriffspakte besser gedient ist, als durch ein unübersichtliches Paktsystem mit gegenseitiger militärischer Hilfeleistung, dessen Hauptbefürworter neben den Franzosen bezeichnenderweise die Sowjetrussen sind. Jede diplomatische Zurückhaltung außer acht lassend, erkühnte sich der Vertreter der Dritten Internationale, mit brutaler Offenheit diejenigen Staaten, die in Nichtangriffspakten die geeignete Friedenssicherung sehen, der offenen Kriegsvorbereitungen zu beschuldigen. Nach der seltsamen Logik Litwinows werden nämlich Nichtangriffspakte nur abgeschlossen, um Kriege zu führen, da sie nach der Ansicht der Sowjetrussen dazu dienen, Rücken und Flanken eines kriegslüsternen Staates zu decken, damit er um so ungestrafter andere Staaten angreifen könne. In den Augen des bolschewistischen Wortführers ist es weiterhin ein Verbrechen, gegen den Friedensgedanken, wenn ein Staat einen kriegerischen Konflikt auf seinen Ursprung beschränken, das heißt lokalisieren will. Denn eine solche Absicht kann nach sowjetrussischer Meinung nur dazu dienen, daß der betreffende kriegslüsterne Staat, ohne von anderen Mächten gestört zu werden, seinen Krieg führen will. Wer für die Lokalisierung eines Krieges eintritt, so behauptet Litwinow, wolle nichts anderes, als den Krieg legalisieren. Ohne mit der Wimper zu zucken, beschuldigt der sowjetrussische Vertreter alle Staaten, die Nichtangriffspakten vor dem französisch-russischen Bündnissystem den Vorzug geben, daß sie Kriegsvorbereitungen träfen. Eine unglaubliche Bezichtigung aus dem Munde des Vertreters einer Macht, die sich erst wieder auf dem Komintern-kongreß der Dritten Internationale in Moskau zur Weltrevolution und zur Schürung des Bürgerkrieges in allen Staaten bekannt hat und von deren Wühltätigkeit ja das verbündete Frankreich ein Lied zu singen weiß.

Die Absichten Litwinows sind uns Deutschen freilich nicht zweifelhaft. Wir wissen, daß Unfrieden und Mißtrauen säen, zu den obersten Aufgaben eines sowjetrussischen Vertreters in Genf gehören. Mit keiner anderen Absicht sind die Sowjetrussen in den Völkerbund getreten, als der, sich eine Plattform zur Förderung ihrer bolschewistischen Ziele zu schaffen. Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, dann ergibt er sich aus der Tatsache, daß Litwinow das Wesen der zweiseitigen Nichtangriffspakte ganz offenkundig falsch dargestellt hat. Denn die Beschuldigungen Litwinows könnten lediglich dann Geltung haben, wenn die betreffenden Staaten nur bereit wären, mit einem Teil ihrer Nachbarn Nichtangriffspakte abzuschließen, und wenn gleichzeitig schlüssige Beweise für Kriegsvorbereitungen gegen irgendein anderes Land vorlägen. Was Deutschland betrifft, so hat es wiederholt seine Bereitschaft erklärt, mit jedem europäischen Staat, auch mit denjenigen, mit denen es gar keine gemeinsame Grenze hat, die es also an sich nicht angreifen kann, um der völligen Sicherung des europäischen Friedens willen Nichtangriffspakte einzugehen. Nur mit Litauen sieht sich Deutschland zur Zeit nicht in der Lage, eine solche Paktverpflichtung zu unterzeichnen. Aber auch diese Weigerung gilt nur solange, wie die skandalöse, völkerrechtswidrige Vergewaltigung der Memeldeutschen anhält; sie entfällt in dem Augenblick, in dem Litauen bereit ist, seine im Memelstatut festgesetzten Verpflichtungen einzuhalten. Insbesondere liegt es in der Hand des Völkerbundes, diese Schwierigkeiten jederzeit zu beseitigen, denn er hat den Schutz der Memeldeutschen übernommen, und die

# Leichte Besserung der Wirtschaftslage der Welt

### Völkerbundsbericht über die internationale Wirtschaftslage

Genf, 17. Sept.

**Der zweiten Kommission der Völkerbundsversammlung wurde am Dienstag ein Bericht über die internationale Wirtschafts- und Finanzlage vorgelegt. Der Bericht stellt fest, daß im letzten Jahre die Rohstofferzeugung sowie die industrielle Tätigkeit weiter zugenommen hätten, während anderseits der Welthandel fast gänzlich lahmliege.**

**Der Berichterstatter erklärte, an Hand seines Berichtes feststellen zu können, daß die Wirtschaftslage der Welt sich zweifellos auf dem Wege der Besserung befinde. Aber diese Besserung sei zu langsam und zu unregelmäßig; während sie in gewissen Staaten anhalte, gehe die Krise in anderen weiter.**

Im Anschluß daran sprach der französische Handelsminister Bonnet. Er erklärte, daß die bisherigen Versuche, auf internationalem Wege eine Regelung der Wirtschaftsbeziehungen herbeizuführen, daran gescheitert seien, daß die Staaten die Notwendigkeit internationaler Maßnahmen nicht genügend erkannt hätten und sich in kurzsichtiger Weise von nationalem Egoismus hätten leiten lassen. Die Besserung, die in verschiedenen Ländern zu verzeichnen sei, könne keinen allgemeinen Charakter annehmen, solange der internationale Austausch von Kapitalien und Produkten, der auch heute noch vollständig gelähmt sei, nicht wieder in Gang gesetzt werde. Er glaube darum, daß

**der Augenblick nahe sei, wo eine neue Initiative auf internationalem Gebiet eingreifen müsse.**

Es handele sich darum, den durch die letzte Besserung günstigen Augenblick zu benutzen, um die Bemühungen nationaler Art auf internationalen Boden zu tragen. Die französische Regierung sei zu dem Schluß gekommen, daß keine endgültige Lösung der Krise ohne internationale Zusammenarbeit möglich sei. Frankreich sei bereit, auf diesem Wege entschlossen voranzugehen, denn es wisse, daß es dabei nicht allein bleibe.

### Deutscher Farmer in Palästina ermordet

Jerusalem, 17. Sept.

**Der deutsche Farmer Knoop, ein ehemaliger Frontkämpfer, wurde in Tabgha am See Genezareth von zwei Beduinen ermordet. Die Mörder wurden verhaftet. Ueber den Beweggrund der Tat ist noch nichts bekannt.**

# Soldatisch gehärteter Nachwuchs

### Richtlinien des Kriegsministers über Versorgung und Fürsorge

Berlin, 17. Sept.

Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, auf den kürzlich vom Arbeitsministerium die Aufgaben der Versorgung und Fürsorge für die Soldaten und Beamten der neuen Wehrmacht übergegangen sind, hat nunmehr zur Ausführung Richtlinien aufgestellt. Danach sollen, dem Bedarf entsprechend, allmählich bei allen Wehrbezirkskommandos Versorgungsabteilungen aufgestellt werden. Engste, verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Truppe, Wehrmachtsfachschulen, Versorgungs- und Fürsorgedienststellen sei unerläßlich. Nur so werde das aus wehr- und staatspolitischen Gründen gleich

**wichtige Ziel erreicht, der deutschen Beamten- und Angestelltenschaft nicht nur soldatisch gehärteten Nachwuchs, sondern auch sachlich guten und damit besten Ersatz zuzuführen.**

Der Minister erklärt, daß die Versorgung der ausgeschiedenen Soldaten von jeher mit zu den wesentlichsten und schwierigsten Aufgaben gehörte. In allen Ländern und zu allen Zeiten hätten sich militärische und politische Führer um ihre Lösung bemüht. Infolge der allgemeinen Wirtschaftsnot während der letzten zwölf Jahre sei die Zivilversorgung unserer Soldaten schwer gehindert worden, so daß teilweise Wartezeiten von 5 bis 6 Jahren eintraten. Lange Wartezeiten müßten durch geeignete Zwischenbeschäftigung überbrückt werden; diese Beschäftigung zu ermitteln und zu sichern, gehöre zu den vordringlichsten Aufgaben der Fürsorgeorgane.

**Auch die Kurzdienenden seien in die Fürsorge einbezogen.**

Ausgenommen von der Fürsorge seien nur die Soldaten, die wegen unehrenhafter Handlungen entlassen werden. Unberechtigte Wünsche der einzelnen und überspannte Forderungen seien abzulehnen, anderseits aber berechtigte Wünsche nach Möglichkeit anzuerkennen. Verschiedentlich kommt in den Richtlinien der Wunsch des Ministers zum Ausdruck, das große Problem der Fürsorge für die ausgeschiedenen Soldaten der neuen Wehrmacht in nationalsozialistischem Geist zu lösen.

### Ihren Verletzungen erlegen

Hildesheim, 17. Sept.

Wie bereits gemeldet, ist am Montag die Gattin des Staatssekretärs Grauert bei einem Zusammenstoß zweier Personenkraftwagen schwer verletzt worden.

Frau Grauert ist am Montagabend ihren Verletzungen erlegen. Dem ebenfalls schwerverletzten Chauffeur geht es den Umständen nach gut.

**Heute Beilage:**

**„Heimat und Volkstum"**